



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 130. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. April 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Beate Nielsen (CDU), in Vertretung von Rasmus Vöge

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Fehlender Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2026 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2026)	
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/4335	6
2.	3. Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 2023/2024	
	Bericht der Landesregierung..... Drucksache 20/3841	12
3.	Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen	
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/3289	13
4.	Private Altersvorsorge stärken!	
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2859	14
	Sichere und stabile Renten	
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2899 (neu).....	14
5.	Bemerkungen 2025 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaus- haltsrechnung 2023	
	und	
	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2023	
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2910	
	Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung Umdruck 20/6339	15
6.	Information/Kennntnisnahme.....	16
7.	Verschiedenes.....	17

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2026
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2026)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/4335](#)

Übersendungsschreiben der Landtagspräsidentin
Umdruck [20/6465](#)

Finanzstaatssekretär Rabe führt in den Nachtragshaushalt ein.

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt Minderausgaben und Mehreinnahmen nachhole, die die FDP-Fraktion bereits bei den Haushaltsberatungen beantragt und die Koalition abgelehnt habe, und bittet die Landesregierung, im Einzelnen schriftlich darzulegen, welche neuen Erkenntnisse innerhalb der letzten Monate zu einem Umdenken der Landesregierung geführt hätten.

Abgeordnete Raudies äußert sich in die gleiche Richtung. Auch sie fühlt sich durch die von der Landesregierung im Nachtragshaushalt vorgenommenen Anpassungen bei verschiedenen Haushaltsansätzen (zum Beispiel bei Einnahmetiteln) in ihrer Kritik an der Regierung in Bezug auf den Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit bestätigt.

Abgeordneter Plambeck macht darauf aufmerksam, dass der Nachtragshaushalt ein wesentliches Instrument sei, Haushaltswahrheit und -klarheit zu schaffen, denn selbstverständlich würden seit Aufstellung/Beschlussfassung des Haushalts bis heute Anpassungen erforderlich.

Abgeordnete Krämer bittet die Landesregierung, die Frage schriftlich zu beantworten, ob sie davon ausgehe, dass keinerlei Risiken bestünden, dass die Rückflüsse aus dem KfW-Darlehen in Sachen Northvolt dauerhaft beim Land verblieben.

Auf eine Frage zur Veranschlagung der LuKIFG-Mittel stellt Herr Brunner, Referatsleiter im Finanzministerium, klar, die Einrichtung eines zentralen Einnahmetitels in Kapitel 1611 erfolge allein aus verwaltungsökonomischen Gründen. Die Deckungsfähigkeit beziehe sich auf die Ausgabetitel, in denen die Ausgaben maßnahmescharf veranschlagt seien.

Im Folgenden beantworten die Haushaltsbeauftragten der Ministerien Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies; die beiden Abgeordneten legen allerdings Wert auf schriftliche Antworten.

Einzelplan 04 – Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Abgeordnete Krämer bittet die Landesregierung, schriftlich darzulegen, welche neuen Erkenntnisse sie veranlasst hätten, den Haushaltsansatz für Einnahmen aus Gebühren und tariflichen Entgelten zu erhöhen (Seite 4 des Nachtragshaushalts). Außerdem bittet sie die Landesregierung, schriftlich darzulegen, inwieweit sich bei Maßnahmegruppe 70 – Wasserrettung – die Annahmen seit Aufstellung des Haushaltsentwurfs geändert hätten (Seite 7).

Abgeordnete Raudies bittet um nähere Informationen zur Machbarkeitsstudie Azubiwerk (Zeitplan der Umsetzung) und fragt, inwieweit die Haushaltsermächtigung noch in diesem Jahr zum Tragen komme und wie die Kosten der Maßnahme im Haushalt gedeckt werden sollten.

Zu den Ansätzen bei den Titeln „Zuwendungen für Projekte der Digitalisierung, der Regionalentwicklung und der interkommunalen Zusammenarbeit“ und „Zuwendungen für Projekte regionaler Kooperationen“ (Seite 8) bittet Abgeordnete Krämer die Landesregierung darzulegen, welche Projekte nicht realisiert würden, und zu erläutern, warum die Regierung noch im Dezember 2025 davon ausgegangen sei, dass die Mittel in dem veranschlagten Umfang erforderlich seien.

Zu Titel „Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten“ (Seite 9) bittet sie die Landesregierung, das Ist 2025 und das Ist zum Zeitpunkt der Aufstellung der Nachschiebeliste schriftlich mitzuteilen.

Bei dem Titel „Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Finanzierung der Förderung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung einer Batteriezellenfabrik in der Region Heide“ (Seite 12) bittet sie um eine detaillierte Auflistung über die tatsächlichen Geldbeschaffungskosten und Zinsen 2026 und eine Übersicht über die in diesem Jahr geplanten Maßnahmen.

Einzelplan 05 – Finanzministerium

Abgeordnete Krämer fragt nach dem Ist 2025 und Stand heute bei den Titeln „Gebühren und tarifliche Entgelte“ und „Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten“ (Seite 17).

Einzelplan 06 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies (Seite 21) antwortet Herr Rosenthal, Haushaltsbeauftragter des Wirtschaftsministeriums, bei der Werftenhilfe werde eine Korrektur bei den Verpflichtungsermächtigungen erforderlich, weil man mit dem Bund in Verhandlungen über die Förderung eines konkreten Vorhabens bis 2029 sei. Die Zuschüsse zur Beteiligung an Hochschulausgründungen würden in der Regel für drei Jahre bewilligt, für ein Vorhaben solle eine Bewilligung für vier Jahre erfolgen.

Abgeordnete Raudies bittet das Verkehrsministerium, schriftlich darzulegen, in welcher Höhe und wofür die Rücklage für die Regionalisierungsmittel verplant sei (Seite 24).

Einzelplan 07 – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Abgeordnete Krämer bittet das Bildungsministerium, die Bildung der Rücklage für das Projekt Campus 100-III des Instituts für die Transformation des Energiesystems der Fachhochschule Westküste schriftlich zu begründen (Seite 32).

Herr Dr. Badenhop, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, thematisiert die Wiederaufnahme von 200 Lehrkräftestellen und fragt die Landesregierung, wie sie den erforderlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbringen wolle. – Staatssekretär Rabe bekräftigt das Ziel

der Landesregierung, den beschlossenen Konsolidierungspfad grundsätzlich durchzuführen. Im laufenden Haushalt fordere man für die zusätzlichen Lehrkräftestellen keine Konsolidierungsersatzmaßnahmen in anderen Ressorts.

Einzelplan 08 – Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

Abgeordnete Krämer bittet das Landwirtschaftsministerium, schriftlich darzulegen, welche Geräte und Ausrüstungsgegenstände gegenüber der Planung nicht mehr angeschafft werden sollten, wie hoch die Auslastung bei Titel 812 01 sei und welche neuen Informationen in den letzten Monaten dazu geführt hätten, dass die Regierung den Ansatz jetzt absenke (Seite 38).

Abgeordnete Raudies hält die neue Ermächtigung des Europaministeriums in § 21 Absatz 9 des Haushaltsgesetzes zur Unterstützung der ukrainischen Oblast Cherson aus finanzpolitischer Sicht für sehr weitgehend. – Staatssekretär Rabe begründet die Haushaltsermächtigung mit der besonderen Situation der notleidenden Ukraine und weist darauf hin, dass die Umsetzung das Einvernehmen mit dem Finanzministerium und die Deckung der Maßnahmen voraussetze.

Abgeordnete Krämer bittet das Landwirtschaftsministerium, die Mittelkürzung für den Betrieb eines Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere schriftlich zu begründen (Seite 43).

Einzelplan 09 – Ministerium für Justiz und Gesundheit

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zur Ansatzkürzung für Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung und Körperpflege von Gefangenen (Seite 49) antwortet Herr Strunk, Haushaltsbeauftragter des Justizministeriums, auf Basis des Soll-Ist-Abgleichs habe man im letzten Jahr einen Minderbedarf festgestellt. Die Kosten für Lebensmittel und Reinigung seien weniger gestiegen als geplant. – Frau Schlemminger, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, teilt mit, das Finanzministerium gebe den Ressorts keine einheitlichen Vorgaben zur Berücksichtigung der Inflation.

Abgeordnete Krämer bittet das Justizministerium, dem Finanzausschuss die Auslastung der Justizvollzugsanstalten zum Zeitpunkt der Aufstellung der Nachschiebeliste 2025 mitzuteilen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu den Schuldendiensthilfen an die HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH und die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH antwortet Herr Strunk, die Absenkung des Ansatzes um 500.000 Euro erfolge einmalig.

Einzelplan 10 – Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

Abgeordnete Herdejürgen bittet das Sozialministerium, schriftlich darzulegen, warum die Erkenntnis zur Reduzierung der Einnahmetitel zum Unterhaltsvorschussgesetz infolge sinkender Kinderzahlen nicht bereits im Dezember 2025 vorhanden gewesen sei.

Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zum Thema Spielbanken teilt Frau Dr. Sorgenfrei, Leiterin der Beteiligungsverwaltung im Finanzministerium, mit, im November 2025 sei beschlossen worden, einen Betrag von 41.840.091 Euro an die GVB auszuschütten. Im Sommer 2026 sei die Ausschüttung der GVB an das Land geplant. Angesichts des laufenden Verkaufsprozesses und der hohen Investitionsbedarfe der Spielbanken belasse man derzeit noch einen Großteil der Mittel bei der Mutter GVB.

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss die Kalkulation zur geplanten Verwendung der Gewinnrücklagen beziehungsweise -ausschüttung zuzuleiten.

Abgeordnete Krämer bittet die Landesregierung, schriftlich darzulegen, welche neuen Erkenntnisse sie seit Aufstellung der Nachschiebeliste 2025 dazu bewogen hätten, beim Titel „Entnahmen aus den Rücklagen Sabbatjahr an den Landeshaushalt“ (Seite 61) eine gravierende Änderung vorzunehmen, und wann der Stichtag der Systemumstellung sei.

Abgeordnete Raudies möchte wissen, ob die Rücklage im Jahr 2026 auf null gestellt werde.

Abgeordnete Raudies äußert, die „Anpassung an den tatsächlichen Bedarf“ bei den globalen Mehrausgaben für Zinsänderungsrisiken sei „eine Frechheit“ (Seite 65). Daran werde deutlich, dass die Landesregierung die Ausgaben bei diesem Titel völlig überzogen veranschlagt habe; das Gleiche gelte für andere Haushaltstitel. – Abgeordnete Krämer bittet das Finanzministerium, schriftlich zu begründen, inwieweit die aktuelle weltpolitische Lage die Landesregierung zu der Annahme veranlasse, dass die Zinsen sänken.

Einzelplan 16 – IMPULS

Zum Titel „Zuweisungen für Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein an Träger öffentlicher Schulen“ (Seite 79) bittet Abgeordnete Krämer die Landesregierung zu erläutern, wann welcher Anteil aus LuKIFG-Mitteln beziehungsweise Landesmitteln bezahlt werde und warum 2027 für den Ganztagsausbau offensichtlich keine Landesmittel genutzt würden.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, schriftlich darzustellen, wie viele Gelder den Kommunen für den Ganztagsausbau wann zur Verfügung stünden, wie die Differenz zwischen 440 Millionen und 250 Millionen Euro finanziert werden solle und inwieweit die Anträge der Schulträger beschieden seien.

Abgeordnete Raudies bittet um nähere Informationen zur Zukunft der Eutiner Festspiele und möglicher Kosten (§ 24 Absatz 24 des Haushaltsgesetzes).

Die Ausschussberatungen sollen in der nächsten Sitzung auf der Grundlage der schriftlichen Antworten der Landesregierung fortgesetzt und mit einer Beschlussempfehlung an den Landtag abgeschlossen werden.

2. 3. Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 2023/2024

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3841](#)

(überwiesen am 30. Januar 2026)

Staatssekretär Rabe führt kurz in den Bericht ein.

Abgeordnete Raudies äußert, sie halte es für entbehrlich, dass die Landesregierung den Landtag in diesem Bericht über die inhaltlichen und bundespolitischen Entwicklungen im Bereich der Geldwäsche informiere, und wünscht sich bei Geldwäscheaufsicht und Betriebsprüfungen eine bessere Personalausstattung.

Staatssekretär Rabe erwidert, der Bericht zeige, dass es bei der Geldwäschebekämpfung vorangehe und es immer noch besser werden könne.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**3. Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische
Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen**

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/3289](#)

(überwiesen am 19. Juni 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5056](#), [20/5137](#), [20/5143](#), [20/5152](#), [20/5168](#),
[20/5172](#), [20/5197](#), [20/5210](#), [20/5288](#), [20/5911](#)

Die Fraktionen fühlen sich durch die Ergebnisse der Anhörung in ihren unterschiedlichen Auffassungen bestätigt.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung von SPD und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den SSW-Antrag abzulehnen.

4. Private Altersvorsorge stärken!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [20/2859](#)

Sichere und stabile Renten

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/2899](#) (neu)

(überwiesen am 31. Januar 2025 an den **Finanzausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/4598](#), [20/4599](#), [20/4600](#), [20/4607](#), [20/4610](#),
[20/4613](#), [20/4615](#), [20/4616](#), [20/4617](#), [20/4618](#),
[20/4622](#), [20/4623](#), [20/4625](#), [20/4626](#), [20/4627](#),
[20/4629](#), [20/4631](#), [20/4632](#), [20/4633](#), [20/4639](#),
[20/4662](#), [20/4815](#), [20/5915](#), [20/6014](#)

Der Finanzausschuss bittet den an der Beratung beteiligten Sozialausschuss, ihm sein Votum mitzuteilen.

**5. Bemerkungen 2025 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur
Landeshaushaltsrechnung 2023**

und

**Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushalts-
jahr 2023**

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/2910](#)

(überwiesen am 28. Februar 2025)

Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung
Umdruck [20/6339](#)

Der Finanzausschuss diskutiert kontrovers über das Votum zu Textziffer 26 (Wohnpflegeaufsicht). Abgeordneter Brandt beantragt, im Votum den Satz „Das Sozialministerium wird gebeten, im Rahmen seiner Fachaufsicht auf eine angemessene Personalausstattung und Prüfweise hinzuwirken“ zu streichen, weil diese Formulierung Konnexität auslöse.

Der Finanzausschuss will das Thema mit der Spitze des Sozialministeriums in der nächsten Sitzung erörtern und bittet das Sozialministerium, bis dahin schriftlich zu der Thematik Stellung zu nehmen und einen alternativen Formulierungsvorschlag vorzulegen.

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

6. Information/Kennntnisnahme

Es liegen keine Umdrucke vor.

7. Verschiedenes

Nächste Finanzausschusssitzungen 2026:

30. April

28. Mai

4. Juni

8. bis 11. Juni (Brüssel-Reise)

2. Juli

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 12:12 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer